

Die Anlieger atmen auf wie die CSU einknickt



Foto: Max Eckardt

Die Holperstrecke Krenmoosstraße, befahren von vielen Autos und Bussen, war Anlass für den Protest gegen die Ausbausatzung

Wir haben es geschafft! Die **STRABS** wird geändert. **STRABS** – nie gehört? Das ist die **Straßenausbaubeitragsatzung**. Sie verpflichtet die Gemeinde, Kosten bei Ausbauten von Straßen bei den Anliegern einzutreiben. Das ist ganz besonders für Anlieger an wichtigen Straßen wie der Krenmoos- oder Hochstraße extrem nachteilig. Ganz Karlsfeld nutzt diese Flächen, auch der Bus. Aber nur die Anlieger müssen Verbesserungen bezahlen.

Proteste haben geholfen

Der Siedlerbund hat eine Petition gestartet, die die SPD in Karlsfeld gerne und mit Leidenschaft unterstützt hat. Viele Karlsfelder haben unterschrieben. Und nun bewegt sich endlich die CSU im Landtag, die die Satzung eingebracht hatte.

Was wird anders? Das neue Gesetz ist noch nicht verabschiedet. Die Vorschläge ähneln sich aber.

- Das Einzugsgebiet einer Maßnahme kann durch die Gemeinde erweitert werden. Sie kann also feststellen, dass eine bestimmte Straße (wie z. B. die Krenmoosstraße) nicht eine reine Anwohnerstraße ist, sondern von allen Karlsfeldern befahren wird.
- Die Kosten für Verbesserungen kön-

nen durch wiederkehrende Beiträge angespart werden.

- Luxussanierungen sind durch eine Obergrenze von der Umlage ausgenommen

Engagement lohnt sich

Ich wollte noch die Umlegung auf die Grundsteuer erreichen. Das würde allerdings in Bayern in anderen Regionen zu Benachteiligungen führen. Das wird daher nicht kommen. Aber ein wichtiger Schritt zur Korrektur dieser bürgerunfreundlichen Satzung ist gemacht.

Sie sehen, Engagement lohnt sich. Machen Sie weiter mit. **Franz Trinkl**

Liebe Karlsfelderinnen, liebe Karlsfelder,

als ich im vergangenen Jahr an dieser Stelle über Flüchtlinge schrieb, ahnte noch niemand, welche Dimension diese Flucht annehmen würde. Es wird anstrengend für uns, das ist sicher. Wir alle werden in dieser Situation lernen. Umso mehr ist es zu schätzen, wie viele Menschen in Karlsfeld den Flüchtlingen helfen wollen und mit ihrer Hilfe die Not lindern. Dabei bauen sie



Franz G. Trinkl

Hemmungen vor dem Anderen ab. Mit diesen vielen engagierten Menschen bin ich mir sicher, dass wir in Karlsfeld das schaffen.

Seien wir dankbar, dass wir selbst nicht auf der Flucht sind und unsere Familie verlassen müssen. Teilen wir etwas von unserem Wohlstand.

Ich wünsche Ihnen ein schönes, friedliches Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr 2016. Bleiben Sie so gesund es irgend geht.

Ihr

Franz G. Trinkl
Ortsvereinsvorsitzender

Liebe Karlsfelderinnen, liebe Karlsfelder,

Wir wünschen Ihnen schöne Weihnachtstage – viel Glück, Gesundheit und Erfolg im neuen Jahr

Ihre SPD Annemarie Eckardt • Max Eckardt • Beate Full • Gerd Grote • Thomas Kirmse • Christine Kofler • Günter Meikis • Fritz Nustede • Venera Sansone • Hiltraud Schmidt-Kroll • Helmut Schuh • Eduard Stabl • Franz Trinkl • Teresa Trinkl

Sie haben sich verdient gemacht

In einer Sondersitzung des Gemeinderates am 12. November wurden verdiente Bürgerinnen und Bürger mit dem Ehrenring bzw. der Bürgermedaille ausgezeichnet. Darunter sind auch langjährige Mitglieder der Karlsfelder SPD.

Dem Gemeinderat **Günter Meikis** wurde für seinen langjährigen Einsatz im Gemeinderat und sein Engagement in zahlreichen Vereinen der Ehrenring verliehen. **Anita Neuhaus** wurde für ihren jahrzehntelangen Einsatz in vielen sozialen Einrichtungen mit der Bürgermedaille ausgezeichnet. **Georg Reihofner** bekam ebenfalls die Bürgermedaille für seine langjährigen Aktivitäten im TSV Karlsfeld. Wir gratulieren den Ausgezeichneten und freuen uns, so engagierte Personen in unseren Reihen zu haben.



Anita Neuhaus bekam die Bürgermedaille, Günter Meikis ist jetzt Ehrenringträger, Georg Reihofner bekam ebenfalls die Bürgermedaille

Foto: Max Eckardt

„Das Wunder von Karlsfeld“

„Euphorisch gefeierter Durchbruch“, so titelte die Süddeutsche Zeitung Dachau im September. Gemeint war die Diskussion im Karlsfelder Gemeinderat über ein von der SPD-Fraktion beantragtes Landschaftsschutzgebiet am Tiefen Graben. Die Diskussion war anfangs schwierig, was kein Wunder ist, es war ja ein SPD-Antrag. Sie wurde dann aber lebhaft und erstaunlich konstruktiv. Am Ende waren fast alle Gemeinderäte von den Vorschlägen der SPD und den erweiterten Vorschlägen durch die Verwaltung hellauf begeistert.

Das „Bündnis für Karlsfeld“ sprach von einem wunderbaren „Paradigmenwechsel“ (das ist eine Änderung des Weltbildes). Frau Hofner vom „Bündnis“ zog gleich ihren Antrag auf einen Bürger- und Naturpark zurück. Weil sich der ja nun erledigt hätte. Euphorische Emails wurden hin- und her geschickt. Wen nimmt es wunder, dass auch der Bund Naturschutz begeistert war.

Das „Wunder von Karlsfeld“ war geschehen. Die Gemeinde bekommt, wie durch ein Wunder, sowohl das dringend notwendige Gewerbegebiet an der

Schleißheimer Straße (rund 9,2 ha) als auch ein umfangreiches Landschaftsschutzgebiet (mehr als 140 ha). Das wäre ein wunderbarer Kompromiss gewesen.

Leider, leider...

Doch leider gibt es Wunder nur in der Bibel und im Märchen. Denn schon bei der nächsten Sitzung musste der Gemeinderat sein blaues Wunder erleben. Nach Rücksprache mit der Dachauer Bürgerinitiative sehen die Hardliner im „Bündnis“ nun den Vorschlag für das Landschaftsschutzgebiet als reine Taktik, als unglaublich und halbherzig. Sie bleiben bei ihrer Maximalforderung: „Kein Gewerbegebiet an der Schleißheimer Straße“. Wieder wird ein Bürgerbegehren zur Verhinderung eines Gewerbegebiets angestrebt.

Starre und sture Haltung

Ich wage zu behaupten: Bei einem weniger starren und sturen und absolut kompromisslosen Verhalten der Mehrheit im Bündnis hätte das Landschaftsschutzgebiet noch erheblich größer ausfallen können.

Karlsfeld braucht dringend Gewerbeausweisung, nicht nur wegen der Gewerbesteuer, sondern auch wegen der entstehenden Arbeits- und Ausbildungsplätze vor Ort. Arbeit und Wohnen gehören zusammen!

Hiltraud Schmidt-Kroll



Foto: Max Eckardt

Wir brauchen dringend Landschaftsschutzgebiete

Sechs Vorurteile über Flüchtlinge

1. Müssen wir denn wirklich die ganze Welt retten?

Die Fotos von Flüchtlingsströmen an den deutschen Grenzen erwecken den Eindruck: Alle kommen sie zu uns.

Fakt ist:

Nur ein kleiner Teil der Asylsuchenden kommt nach Europa.

Auf der Welt sind Ende 2014 rund 60 Millionen Menschen auf der Flucht. 86 Prozent der Flüchtlinge weltweit leben in Entwicklungsländern. Die allerwenigsten Flüchtlinge kommen nach Europa.

2. Denen geht's doch gar nicht schlecht – die haben sogar teure Handys

Fakt ist:

In den Herkunftsländern sind Handys oft die einzigen Elektrogeräte, die Menschen überhaupt besitzen. Heute gibt es allein in Syrien zwölf Millionen Handys auf 20 Millionen Einwohner. Sie sind für Viele ein überlebenswichtiges Kommunikationsmittel.

3. Flüchtlinge bekommen mehr Geld als Hartz-IV-Empfänger

Fakt ist:

Den Großteil der Leistungen bringt der Staat für Flüchtlinge in Form von Sachleistungen: Für Essen, die Unterbringung, Erstausrüstung. Dazu bekommt jeder erwachsene Flüchtling rund 130 Euro Taschengeld im Monat, Kinder etwa 90 Euro. Das ist insgesamt deutlich weniger als Hartz-IV-Empfänger bekommen.

ger bekommen.

4. Wir haben nicht genug Platz

Fakt ist:

Die Unterbringung von Flüchtlingen ist keine Platzfrage, sondern eine Frage der Organisation und des guten Willens.

Zur Dramatisierung gibt es keinen Grund: Deutschland hat 80 Millionen Einwohner und ist ein großes, reiches Land.

5. Die meisten sind ohnehin nur Wirtschaftsflüchtlinge

Fakt ist:

Die Hauptgründe für Flucht sind Krieg und Verfolgung.

Auf dem Balkan herrscht kein Bürger-

krieg, aber Roma in Serbien und im Kosovo leiden unter „starker Diskriminierung“, das stellte sogar die EU-Kommission fest. Frankreich, Belgien und Großbritannien geben immerhin jedem fünften Antrag statt. Deutschland schiebt fast zu 100 Prozent ab.

6. Flüchtlinge und Asylsuchende sind häufig kriminell

Fakt ist:

Die Kriminalitätsrate von Flüchtlingen und Asylsuchenden unterscheidet sich statistisch nicht von der der Gesamtbevölkerung. Dagegen mehren sich leider die kriminellen Anschläge gegen Flüchtlingsunterkünfte.

Werner Plumeier

Zum Thema

Gesetzt den Fall, wir würden eines Morgens aufwachen und feststellen, daß plötzlich alle Menschen die gleiche Hautfarbe und den gleichen Glauben haben, wir hätten garantiert bis Mittag neue Vorurteile.

Georg Christoph Lichtenberg (1742 – 1799), deutscher Physiker

Es ist leichter, ein Atom zu zertrümmern, als ein Vorurteil.

Albert Einstein (1879 – 1955)

Die Weisen sagen: Beurteile niemand, bis du an seiner Stelle gestanden hast.

Johann Wolfgang von Goethe (1749 – 1832)

Kinder- mund

Ein hochrangiger Politiker besucht in diesen Zeiten einen Kindergarten. Er fragt ein Mädchen: „Da sind sicher viele Flüchtlinge bei Euch?“ Das Mädchen schaut erstaunt und antwortet schließlich: „Bei uns sind nur Kinder.“

Stillstand beim sozialen Wohnungsbau

Es ist eng. Bezahlbarer Wohnraum ist knapp. Es gibt viel zu wenig Sozialwohnungen. Und es werden viel zu wenig neue gebaut.

Vor allem ältere Menschen, Familien und Alleinerziehende haben große Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt. Anerkannte Flüchtlinge müssen die Asylbewerberheime räumen und haben, wenn sie die Einkommensgrenzen unterschreiten, ebenfalls Anspruch auf eine Sozialwohnung. Das Problem ist allen bekannt.

Es geschieht wenig bis nichts

Die SPD-Fraktion im Gemeinderat fordert seit Jahren den Bau von Sozialwohnungen. Bisher mit wenig Erfolg.

Klar, wir haben wenig Grundstücke. Klar, wir haben finanzielle Engpässe. Auch klar, dass die Förderungen vom Freistaat zurückgeschraubt worden sind.

Die sträfliche Vernachlässigung des sozialen Wohnungsbaus holt uns nun ein.

Der Bund gibt zwar jährlich 518 Millionen Euro an die Länder als Fördermittel für Sozialwohnungen. Der Clou ist allerdings: Die Länder müssen diese Gelder nicht zweckgebunden für den sozialen Wohnungsbau einsetzen. Fachleuten zufolge müssten die Gelder mindestens verdoppelt und vor allem zweckgebunden verwendet werden.

Wer heute eine Sozialwohnung beantragt, muss drei bis zehn Jahre warten, bis er zum Zuge kommt.

Neue Wege gehen

Neu bauen allein reicht jedoch nicht. Es muss auch über andere Möglichkeiten nachgedacht werden, wie z. B. der

- Einkauf von Belegungsrechten bereits bestehender Wohnungen.

Das wurde früher in Karlsfeld unter Bürgermeister Nustede erfolgreich praktiziert.

Oder:

- Einführung einer sozial gerechten Bodennutzung, die in es vielen Kommunen bereits gibt. Dabei muss sich der Investor an Nachfolgekosten wie Schulen oder Kindergärten beteiligen.
- Wohnraum günstig an Haushalte mit geringem Einkommen vermieten.
- Wiedereinführung der vom Freistaat 2007 abgeschafften Fehlbelegungsabgabe für Gutverdiener in Sozialwohnungen. Mit diesem Geld könnten dann wieder neue Wohnungen gebaut werden. Laut Statistik sind in der Bundesrepublik rund 42% der Sozialwohnungen fehlbelegt.

Es gibt viel zu tun – packen wir's endlich an!
Hiltraud Schmidt-Kroll



Foto: Günter Frey

Winterliche Ruhe am Karlsfelder See nach einem tollen Sommer

Der See, der Kies und der Sommer

Die Karlsrufer und vor allem die Karlsruferinnen lieben ihren See. Kaum etwas regt sie so auf, wie eine Veränderung der geliebten Umgebung. Als wir im Dezember letztes Jahr hier über die Kiesaufschüttung schrieben, bekamen wir als Redaktion so viele Briefe, Anrufe und Emails, wie sonst nie. Und auch ein Beitrag im Juli löste Beschwerden aus: „Dieser grobe Kies ist furchtbar. Bitte keinen weiteren mehr.“

Eine Gruppe besonders engagierter Leute wollte es wissen: Wie ist die Stimmung bei den Badegästen? Welche Meinung haben sie zu möglichen weiteren Kiesaufschüttungen?

An den beiden letzten heißen Wochenenden im August, am 22./23.8. und 29./30.8. haben (bis kurz vorm Hitzekollaps) die Unterschriftenlisten herumgereicht: Der Student Patrick Bassner, Marion Breitsameter, die Rothschwaiger Reinhold und Ulla Petzold, Jürgen Vollmer und ich. Außerdem sind die Listen noch von einigen See-„Sanierung“-s-Gegnern in ihrer jeweiligen Nachbarschaft verteilt und unterschrieben worden.

Klares Meinungsbild

Die Auswertung des Meinungsbildes, die Patrick Bassner gemacht hat, zeigt eindeutig:

Die meisten von den 234 Befragten, nämlich 89 Prozent, finden eine mögliche weitere Kiesaufschüttung an anderen Uferbereichen für nicht gut. Nur 11

Prozent fänden es gut.

Wir sind zu bestimmten Zeiten (13 bis 15 Uhr) jeweils an allen Seeabschnitten unterwegs gewesen, so dass jede/r die gleiche Chance hatte, befragt zu werden.

Weit angereiste Badegäste

Weil es ja nicht geht, den Leuten einfach eine Unterschriftenliste hinzuhalten, haben wir uns vorgestellt und um deren Meinung gebeten. Es ergaben sich viele Gespräche und nette Kontakte.

Viele kommen schon seit Jahren an den See und verfolgen seine Entwicklung kritisch. Etliche Frauengruppen waren darunter. Bei unserer mittäglichen Befragung waren erstaunlich viele Auswärtige dabei: Aus Bogenhausen, Trudering, Schwabing, Dachau, Indersdorf, Petershausen. Da zeigt das „überörtliche Erholungsgebiet“ seine Berechtigung.

Dass wir nur wenige aus Karlsruhe mittags am See antrafen, mag daran liegen: Die sportlichen „Einheimischen“ stürzen sich lieber morgens und gegen Abend in den See.

Ausführliche Information im nächsten Frühjahr

Die SPD hat sich dafür eingesetzt, dass es zu Maßnahmen am See Informationen an Ort und Stelle gibt. Im Frühjahr 2016 wird der „Erholungsflächenverein“ seine Planungen erläutern.

Elfriede Peil

Dimpflmoser grantelt

Leid, in der Karlsrufer Politik geht's jetztat scho ganz schee heftig zua. Mia hom scho vui erlebt. Aber jetzt schiaßt der Bündnisgemeinderat Turner den Vogel ab. Guat, jeder Bürger derf gegen einen Bebauungsplan Einwendungen haben. Aber der Turner nutzt des schamlos aus, um pauschal alle Gemeinderäte und die Verwaltung zu beleidigen. Kenna nix, verstehnga nix, san überhaupt zu bled für diese komplizierten Sachen. Der oanzige, der des ois blickt, is natürlich er selber. Eam schaug o! Vielleicht spannt er irgendwann amoi, dass ma als Gemeinderat Politik für alle Karlsrufer macha muass und ned nur für sich. Und dazu braucht ma andere, des geht ned alloa. I bin g'spannt wia lang seine Leid des mit eam no mitmacha. De hoiten doch sonst so vui auf ihre angebliche moralische Überlegenheit.



Nix für unguat.

So erreichen Sie uns

Brief: Franz Trinkl

Weidenstr. 10

85757 Karlsruhe

Telefon: Elfriede Peil

Tel. 0 81 31 9 69 45

E Mail: info@spd-karlsfeld.de

Impressum

Franz Trinkl (V.i.S.d.P.)
Weidenstr. 10, 85757 Karlsruhe
Tel. 0 81 31/3 56 15 32
Redaktion: Elfriede Peil
Gestaltung und Herstellung: Günter Frey
Mitarbeit: Max Eckardt, Werner Plumeier, Franz Trinkl, Venera Sansone, Hiltraud Schmidt-Kroll